

PRESSEMITTEILUNG

Leipzig, den 26.10.2011

Europäisches Vergaberecht mittelstandsgerecht statt politisch korrekt gestalten

Das europäische Vergaberecht soll vereinfacht werden. Angesichts einer Überarbeitung der seit 2006 geltenden Richtlinien fordert das Europaparlament eine Optimierung bestehender Regelungen. Der sächsische Europaabgeordnete Hermann Winkler erklärte dazu: "Das Thema Vergaberecht ist entscheidend für unsere kleinen und mittelständischen Betriebe in Sachsen. Ich warne daher vor der Überfrachtung des EU-Vergaberechts mit allgemeinpolitischen Kriterien aus dem Umwelt- und Sozialbereich, wie es die Kommission vorschlägt. Gutmenschentum hat bei der Vergabe von Aufträgen keinen Platz - Das wirtschaftlichste Angebot sollte das Rennen machen und nicht das billigste oder das politisch korrekteste."

Die Ausweitung der Vergabekriterien würde nicht zuletzt den Nachweis- und Dokumentationsaufwand bei der Beteiligung an Ausschreibungen erhöhen. Für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) wären damit unnötige Mehrbelastungen verbunden. „Bereits heute gehen nur 34 Prozent aller Aufträge aus öffentlichen Ausschreibungen in Europa an KMU. Hier besteht Handlungsbedarf. Die Betriebe brauchen praktikable Regeln, die ihnen einen möglichst einfachen Zugang zu den Aufträgen verschaffen.“, so Winkler.

Zudem setzt sich der Europaabgeordnete für eine Anpassung der Regelungen für freiberufliche Ingenieur- und Architektenleistungen ein. Neben einer Erhöhung des derzeitigen Vergabeschwellenwertes von 193.000 Euro auf ein realistischeres Niveau spricht sich Winkler abschließend dafür aus, die zeitliche Geltung der Referenzen auf mindestens 10 Jahre auszuweiten.

Hintergrund:

Das Europäische Parlament verabschiedete am 25.10.2011 einen Forderungskatalog zur Neufassung der EU-Vergaberichtlinien für das öffentliche Auftragswesen. In seiner schriftlichen Stimmerklärung ging Hermann Winkler ergänzend auf die Schwerpunkte aus Sicht des sächsischen Mittelstandes ein.